

Rede von Birgit Naujoks am 8. Mai 2017

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit gestern ist die AFD auch im Landesparlament von Schleswig-Holstein und damit nun in 12 Landtagen vertreten – und nicht etwa in „nur“ 12, weil es in einigen Bundesländern nicht genügend Stimmen für die rechtsgerichtete Partei gab, sondern weil in einigen Bundesländern die nächsten Landtagswahlen erst vor der Tür stehen. So wie in NRW am nächsten Sonntag. Umfragewerten zufolge liegt die AFD bei 8 % und wird somit voraussichtlich den Einzug in den Landtag schaffen.

Außerdem stehen im September die Bundestagswahlen an, auch hier stehen die Zeichen nicht günstig für eine sozial und linksausgerichtete Politik.

Wie kann das sein? Richtet man den Blick in andere europäische Staaten, ist dieser „Trend“ nichts Außergewöhnliches. Zuletzt ganz deutlich wurde dies in den jüngsten Präsidentenwahlen in Österreich und gestern in Frankreich, wo es beide Male einer Stichwahl bedurfte, um die Wahl eines bzw. einer rechten Politikers/in ins höchste Staatsamt zu verhindern.

Dabei besteht ein Zusammenhang (nicht nur, aber auch) mit der Flüchtlingsthematik. Als 2015 die Zahlen der Flüchtlinge, die nach Europa kamen, stark gestiegen ist, war dies für viele überraschend. Dass die Zahl der weltweiten Flüchtlinge auf einem Höchststand war, war spätestens seit dem UNHCR-Bericht von Juni 2015 bekannt. Dass allerdings die finanzielle Unterstützung des Welternährungsprogramms durch die EU-Staaten seit Ende 2014 drastisch gesunken war und deshalb viele Syrer in den Flüchtlingscamps der Nachbarstaaten Jordanien, Libanon, Irak nicht mehr versorgt werden konnten, wussten nur wenige. Dies führte dazu, dass die Menschen weiterfliehen mussten, da sie auch in den Flüchtlingslagern keine Lebensperspektive mehr hatten. Ende 2015 hat die Bundesregierung diese Kürzungsmaßnahme als Fehler eingeräumt und die finanziellen Hilfen wieder aufgestockt.

Nun kamen in diesem Zuge viele Schutzsuchende nach Deutschland, insbesondere nachdem Kanzlerin Merkel Anfang September sozusagen „die Grenzen geöffnet hatte“. Die damit verbundene Hoffnung, andere EU-Länder würden ähnlich verfahren, erfüllte sich dabei nicht. Nicht erst seit diesem Zeitpunkt, aber ab da offensichtlich, waren die Aufnahme- und Behördenstrukturen überfordert. Es ging bei der Aufnahme und Unterbringung nicht mehr um Qualität, sondern nur noch um „Obdachlosigkeit vermeiden“. Doch die Stimmung in der Bevölkerung war weitgehend positiv – großes ehrenamtliches Engagement, Gründung vieler Willkommensinitiativen etc. Dann kam die Silvesternacht 2015/2016 – in Art und Vielzahl erschreckende Misshandlungsfälle am Kölner Hauptbahnhof und anderen Orten. Durch mediale Berichterstattung und Äußerungen der Ermittlungsbehörden wurden auf einmal – wahlweise – alle Männer, alle männlichen Flüchtlinge oder alle männlichen Flüchtlinge aus nordafrikanischen Ländern bzw. ihnen vom Äußeren zuordnenbare unter den Generalverdacht gestellt, kriminell zu sein. Das war ein reicher Nährboden für rechte Gruppierungen und Parteien. Dieses Ereignis wurde von sehr vielen Politikern genutzt, um gegen Flüchtlinge zu hetzen. Auf einmal wurden die Stimmen in der Bevölkerung laut, die sich gegen Zuwanderung aussprechen. Äußerungen wurden salonfähig, die man zuvor nur von extrem Rechten gewohnt war. Beispielsweise habe ich nach einer Äußerung im Zusammenhang mit einem Schwimmbadverbot für männliche Flüchtlinge, über 80 Hassmails bekommen, die zum größten Teil mit Klarnamen unterzeichnet waren und Äußerungen enthielten wie: „Ich verstehe, warum den Menschen in diesen Ländern Arme und Beine

abgehakt werden.“ Oder „Diese Ölaugen begrapschen und vergewaltigen unsere Frauen. Sie gehören hingerichtet.“

Auch wenn tatsächlich einige Menschen, die zuvor Schutzsuchenden neutral oder eher positiv gegenüberstanden, nun eine andere Position vertraten, hat sich nicht die Stimmung in der Bevölkerung insgesamt gewandelt, sondern nur die Verlautbarungen nach außen.

Doch nicht nur rechte Parteien vertreten seitdem rechte Positionen in der Zuwanderungspolitik, sondern auch die sogenannten Volksparteien. Bereits im September hatte die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorgelegt, der deutliche Asylrechtsverschärfungen enthielt und einen Monat später bereits durch Bundestag und Bundesrat verabschiedet in Kraft treten konnte. Dieser Trend wurde nach der Silvesternacht fortgesetzt durch das Asylpaket II im März 2016 und auch das sogenannte Integrationsgesetz von August 2016. Weitere restriktive rechtliche Regelungen sind im Gange. Nach dem Terroranschlag in Berlin wird nun der Begriff des sogenannten „Gefährders“ ins Gesetz eingeführt. In dieser Debatte wird teilweise suggeriert, Flüchtlinge seien nicht nur alle kriminell, sondern auch verdeckte Terroristen.

Nachdem die Landesregierung in NRW sich nach den Misshandlungsvorfällen gegenüber Flüchtlingen in Burbach und Essen zunächst einer Willkommenskultur hochgelobt hat und hier auch einige Maßnahmen beschlossen und umgesetzt hat, heißt das neue Schlagwort: „Integriertes Rückkehrmanagement“. Die Zeichen stehen auf Abschreckung, Ausgrenzung und Abschiebung. Es geht insbesondere um eine Verstärkung der Maßnahmen, um Schutzsuchende aufgrund „freiwilliger“ Ausreise oder durch Abschiebung in großer Zahl loszuwerden. Nicht zuletzt beteiligt sich NRW auch an den Sammelabschiebungen nach Afghanistan, die seit Dezember 2016 durchgeführt werden. Afghanistan, ein Land, das seit Jahrzehnten nicht friedlich ist und auch akut von einem bewaffneten Konflikt betroffen ist. Damit bringt man Menschen in eine Situation konkreter Lebensgefahr.

In einer Pressemitteilung des Innenministeriums NRW vom 04.05.2017 heißt es:

„- NRW bei Abschiebungen und freiwilligen Ausreisen bundesweit vorn - Innenminister Jäger: NRW hat früh die notwendigen Entscheidungen getroffen, um Rückkehr zu fördern
--

In den ersten drei Monaten des Jahres 2017 wurden 1.614 Personen aus NRW abgeschoben. Das sind 24 Prozent aller 6.704 Abschiebungen aus der Bundesrepublik. NRW liegt damit im Ländervergleich weiterhin deutlich vorn.

„Das zeigt, wie konsequent abgelehnte Asylbewerber aus NRW abgeschoben werden“, sagte NRW Innenminister Ralf Jäger.“

Mit solchen Äußerungen kurz vor der Landtagswahl Wahlkampf zu betreiben, zeigt die Ausrichtung der derzeitigen Politik, nicht nur auf Landes-, sondern vor allem auch auf Bundesebene. Anstatt Flagge zu zeigen und für menschliche Asylpolitik einzustehen, driften die sogenannten Volksparteien nach rechts und versuchen so, auf Stimmenfang zu gehen.

Die Verfolgung von Menschen hat im dunkelsten Kapitel der jüngeren Vergangenheit in Deutschland, nämlich in Zeiten des Nationalsozialismus, eine zentrale Rolle gespielt. Heutzutage wird diese Form der Verfolgung zum Glück nicht mehr praktiziert. Doch gesetzliche Regelungen, die Menschen aus bestimmten Herkunftsländern stigmatisieren und gezielt benachteiligen verbunden mit der mittlerweile öffentlich etablierten Kategorisierung von Flüchtlinge, die durch das Wortkonstrukt der sogenannten Bleibeperspektive erfolgte,

stellen ebenfalls eine Art von Verfolgung dar. Betroffen sind hiervon insbesondere Menschen aus den sogenannten „sicheren Herkunftsländern“, zu denen auch die sechs Länder des Westbalkan zählen. Unter den Schutzsuchenden aus diesen Ländern sind auch viele Roma, gezielt verfolgt bereits im Nationalsozialismus, jetzt wieder Opfer der immer rechtsgerichteteren Politik und Gesetzgebung.

Dabei kann es doch nicht die Lösung sein, rechten Tendenzen zu begegnen, indem man sich selbst nach rechts wendet. Die Aufregung in der Zuwanderungsdebatte hat doch vielmehr ihren Grund in der Steigerung des sozialen Ungleichgewichts und einer damit zusammenhängenden Neidproblematik und der Angst, zu kurz zu kommen. Die sozialen Missstände sind durch die Zunahme der Flüchtlingszahlen deutlicher sichtbar geworden. Hierauf muss die Politik mit sozialen Maßnahmen reagieren und nicht mit diesem Rechtsruck, den sie eingeschlagen hat. Auch dafür spielen Gedenktage wie der heutige eine wichtige Rolle.

Redemanuskript von Birgit Naujoks, Geschäftsführerin des Flüchtlingsrats NRW e.V.
am 8. Mai 2017 - Jahrestag der Befreiung
beim Rundgang auf dem Bochumer Friedhof am Freigrafendamm
zu den Gräbern der Opfer von Krieg und Faschismus